

Michael Kirchner

Recht der Rohstoffgewinnung

Abgrabungen | Bergbau | Nachbergbau | Altbergbau

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978-3-503-24002-9

Zitiervorschlag:

Kirchner, Recht der Rohstoffgewinnung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-24002-9

eBook: ISBN 978-3-503-24003-6

Alle Rechte vorbehalten.

© 2026 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG

Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin

info@ESVmedien.de, www.ESV.info

Die Nutzung für das Text und Data Mining ist ausschließlich dem Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG vorbehalten.

Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b UrhG ausdrücklich.

Satz: L101 Agentur für Mediengestaltung, Fürstenwalde

Druck: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Vorwort

Das vorliegende Werk soll insbesondere Studierenden, Neu- und Seiteneinsteigern in der öffentlichen Verwaltung, in Unternehmen, im Kreis von Architekten, Planern und Beschäftigten des Baugewerbes einen leichten Zugang in die nicht immer einfache Materie des Rechts der Rohstoffgewinnung (Bergrecht und Abgrabungsrecht), aber auch in die Rechtsgrundlagen und Begriffswelt des Nachbarbaus sowie des Altbergbaus vermitteln. Zu diesem Zweck werden die Grundstrukturen dieser Rechtsgebiete, deren wesentliche Begriffe und Verfahrensweisen – versehen mit Beispielen aus der Praxis – anschaulich dargestellt. Der Überblick über die komplizierte Materie wird abgerundet durch die Darstellung der Bezüge zum allgemeinen Verwaltungsrecht, zum Europarecht und zu angrenzenden Gebieten des Umwelt- und Planungsrechts. Das Buch enthält auch eine Übersicht zu den in der deutschen Rohstoffwirtschaft maßgebenden Verbänden und Organisationen. Neuere Überlegungen zu den Änderungen des Bergrechts werden in einem Ausblick skizziert. Dabei richtet sich der Blick auch auf die Europäische Union, deren legislative Aktivitäten eine immer größere Bedeutung für die Rohstoffwirtschaft in den Mitgliedsstaaten bekommen. Um einen Überblick über die rechtlich komplexe Materie zu wahren, verzichtet das Buch weitgehend auf die ausführliche Darstellung rechtlicher Streitpunkte und Fundstellen. Lediglich bei den für die Praxis wichtigen rechtlichen Weichenstellungen wird etwas ausführlicher auf den Meinungsstand eingegangen. Ansonsten verweist das Buch in vielen Bereichen auf weiterführende Quellen, um dem Leser Anregungen zur Vertiefung der Themen zu geben. Das Buch berücksichtigt bereits die sich aus dem Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung sowie zur Änderung des Baugesetzbuchs und zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. I 2025 Nr. 348) erwachsenen erheblichen Änderungen des Bundesberggesetzes.

Im Bereich des Altbergbaus ist es für Recherchen über potenzielle bergbauliche Gefahrenquellen unter Heranziehung alter Dokumente und Unterlagen hilfreich, die historische Entwicklung des Bergrechts mit den teils speziellen, heute nicht mehr geläufigen Fachtermini zu kennen. Bei der Darstellung der landesrechtlich geregelten Instrumente des Ordnungsrechts wird schwerpunktmäßig auf die Rechtslage in Nordrhein-Westfalen abgestellt. Zu den einschlägigen Regelungen der anderen Bundesländer sowie zu den Kontaktdaten der Bergbehörden in den Bundesländern enthält das Buch im Anhang jeweils eine Übersicht.

Für die Unterstützung bei der Erstellung des Buches danke ich in erster Linie Frau Prof. Dr. jur. Isabella Risini (LL.M.), Technische Hochschule Georg Agricola zu Bochum, die mir wichtige Anregungen und Hinweise gegeben hat, Herrn Leitenden Bergdirektor a.D. Peter Högbe, Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie in NRW, für die hilfreichen Ratschläge zu technischen Hintergründen, Frau

cand. jur. Deborah Sophie Jäger für die Hilfe bei der Quellenrecherche und Frau Jennifer Speer (B.Eng.), derzeit Bauleiterin bei Eurovia Stuttgart, für die Unterstützung bei grafischen Darstellungen. Mein Dank richtet sich auch an Herrn Ass.jur. Sven Clever, Verlagsleiter beim Erich Schmidt Verlag, der mich als Lektor in vielfältiger Weise unterstützt hat.

Für Feedback zum Buch steht die E-Mail Adresse *michael.kirchner@thga.de* zur Verfügung.

Bochum, Januar 2026

Der Autor

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis – mit Abkürzungen	26
Teil I Rechtsgrundlagen für die Gewinnung mineralischer Rohstoffe und Gase	39
1. Kategorien von Bodenschätzen und maßgebliche Rechtsgrundlagen	39
2. Das Recht der Rohstoffgewinnung im deutschen Rechtssystem	55
3. Verknüpfung mit dem Allgemeinen Verwaltungsrecht	60
4. Verknüpfung mit dem Europarecht	70
5. Grundzüge des Bundesberggesetzes (BBergG)	73
6. Grundzüge des Abgrabungsrechts	197
7. Ausblick zu möglichen Rechtsänderungen	206
8. Verbände und Organisationen in der Rohstoffwirtschaft	213
Teil II Rechtliche Aspekte des Nachbergbaus	219
1. Begriffe Nachbergbau und Altbergbau	219
2. Berg-, abgrabungs- und wasserrechtliche Rechtsgrundlagen zwischen Einstellung der Gewinnung und Beendigung der Bergaufsicht/Abgrabungs- aufsicht	221
3. Rechtsgrundlagen für Aktivitäten im Zusammenhang mit Nachbergbau nach Beendigung der Bergaufsicht bzw. nach behördlicher Abnahme der durchgeführten Herrichtung/Wiedernutzbarmachung bei Abgrabungen	234
Teil III Rechtliche Aspekte des Altbergbaus	245
1. Bergrecht und historisch gewachsene Grundprinzipien	245
2. Entwicklung bergrechtlicher Rechtsquellen	249
3. Verantwortlichkeit für Gefahren, die auf eine frühere Rohstoffgewinnung zurückgehen	279
4. Ordnungsrechtliche Instrumentarien für die Abwehr von Gefahren aus Altbergbau	294
5. Anordnung der sofortigen Vollziehung	321
6. Verwaltungsvollstreckung	322

Anhang 1 Übersicht zu Zuständigkeiten und Eingriffsregelungen in den Bundesländern im Bereich des Altbergbaus	325
Anhang 2 Kontaktdaten der Bergaufsichtsbehörden der Bundesländer (ohne Ministerien)	328
Stichwortverzeichnis	333

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis – mit Abkürzungen	26
Teil I Rechtsgrundlagen für die Gewinnung mineralischer Rohstoffe und Gase	39
1. Kategorien von Bodenschätzen und maßgebliche Rechtsgrundlagen	39
1.1 Bodenschätze im Sinne des Bundesberggesetzes	42
1.1.1 Bergfreie Bodenschätze	43
1.1.2 Grundeigene Bodenschätze	44
1.2 Bodenschätze auf der Grundlage abgrabungsrechtlicher Regelungen (Grundeigentümerbodenschätze)	46
1.2.1 Grundeigentümerbodenschätze	47
1.2.2 Rechtsgrundlagen für die Abgrabung von Grundeigentümer- bodenschätzen	48
1.2.2.1 Rechtsgrundlagen für Abgrabungen nach dem Wasserrecht	49
1.2.2.2 Rechtsgrundlagen für Abgrabungen nach dem BImSchG	51
1.2.2.3 Rechtsgrundlagen für Abgrabungen nach dem Baurecht	52
1.2.2.4 Rechtsgrundlage für Abgrabungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	53
1.2.2.5 Sonstige Rechtsgrundlagen für Abgrabungen nach landesrechtlichen Bestimmungen	53
2. Das Recht der Rohstoffgewinnung im deutschen Rechtssystem	55
2.1 Bergrecht	57
2.2 Abgrabungsrecht	58
2.3 Andere für das Berg- und Abgrabungsrecht geltende Bestimmungen .	58
2.4 Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Rohstoffgewinnung	58
3. Verknüpfung mit dem Allgemeinen Verwaltungsrecht	60
3.1 Verwaltungsverfahren und Begriff des Verwaltungsakts	61
3.2 Verfahrensregelungen für alle Arten von Verwaltungsverfahren	63
3.3 Gebundene Entscheidung, Ermessensentscheidung, Neben- bestimmungen	65
3.4 Schritte zur weiteren Digitalisierung und Entbürokratisierung	68
4. Verknüpfung mit dem Europarecht	70
4.1 Primäres EU-Recht und Organe der EU	71
4.2 Sekundäres Unionsrecht	72

4.2.1	Europäische Verordnungen	72
4.2.2	Europäische Richtlinien	72
4.2.3	Europäischer Beschluss	73
5.	Grundzüge des Bundesberggesetzes (BBergG)	73
5.1	Anlass für den Erlass des BBergG	73
5.2	Zweck, Geltungsbereich, einleitende Bestimmungen des BBergG	74
5.3	Bergbauberechtigungen nach dem BBergG	77
5.3.1	Überblick	77
5.3.2	Formen und Inhalt von Bergbauberechtigungen	78
5.3.2.1	Erlaubnis	79
5.3.2.2	Bewilligung	79
5.3.2.3	Bergwerkseigentum	80
5.3.2.4	Alte Rechte und Verträge	80
5.3.2.5	Grundeigentum	81
5.3.2.6	Zulegung	82
5.3.2.7	Weitere aus den Bergbauberechtigungen erwach- sende Rechte, wie Zutrittsrechte, Mitgewinnung, Hilfsbaurecht, Benutzung fremder Grubenbaue	83
5.3.3	Erteilung bzw. Verleihung und Aufhebung von Bergbau- berechtigungen	84
5.3.3.1	Verfahren und Voraussetzungen	84
5.3.3.2	Aufhebung von Amts wegen	86
5.3.3.3	Aufhebung auf Antrag des Inhabers	86
5.3.4	Wechsel des Inhabers von Bergbauberechtigungen	87
5.3.5	Vereinigung, Teilung und Austausch von Bergwerkseigentum	87
5.3.6	Dokumentation der Bergbauberechtigungen	87
5.3.7	Feldes- und Förderabgaben	88
5.4	Betriebsplan und Betriebsplanverfahren	89
5.4.1	Grundsätzliches	89
5.4.2	Betriebsplanpflichtige Vorhaben	90
5.4.3	Betriebsplanarten	91
5.4.3.1	Grundsätzliches zum Rahmenbetriebsplan	92
5.4.3.2	Fakultativer Rahmenbetriebsplan	93
5.4.3.3	Obligatorischer Rahmenbetriebsplan mit UVP	94
5.4.3.4	Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	96
5.4.3.5	Hauptbetriebsplan	102
5.4.3.6	Sonderbetriebsplan	104
5.4.3.7	Abschlussbetriebsplan	105
5.4.3.8	Gemeinschaftlicher Betriebsplan	106
5.4.4	Betriebsplanzulassung	106
5.4.5	Berücksichtigung von im BBergG nicht explizit aufgeführten Belangen	112
5.4.6	Zulassungsverfahren	115

5.4.7	Zulassungsentscheidung	119
5.4.8	Verlängerung, Ergänzung, Abänderung	122
5.4.9	Abweichung von zugelassenen Betriebsplänen, Rechts- nachfolge bei Betriebsplanzulassungen	122
5.4.10	Verbote und Beschränkungen nach § 48 BBergG	123
5.5	Überblick über zum Teil notwendige parallele Entscheidungen nach anderen Gesetzen und die Schnittstellen zum Bergrecht	124
5.5.1	Schnittstelle Bergrecht – Baurecht	124
5.5.2	Schnittstelle Bergrecht – Immissionsschutzrecht	124
5.5.3	Schnittstelle Bergrecht – Wasserrecht	126
5.5.4	Schnittstelle Bergrecht – Naturschutzrecht	128
5.5.5	Schnittstelle Bergrecht – Planungsrecht	129
5.5.6	Schnittstelle Bergrecht – Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht	131
5.5.7	Schnittstelle Bergrecht – Denkmalrecht	131
5.5.8	Schnittstelle Bergrecht – Bodenschutzrecht	132
5.5.9	Schnittstelle Bergrecht – Rohrleitungsrecht	133
5.6	Verantwortliche Personen	134
5.6.1	Begriff und Arten verantwortlicher Personen	134
5.6.2	Auswahl, Pflichten	135
5.6.3	Besondere Verantwortlichkeit nach Betriebseinstellung	136
5.7	Risswerk und Markscheidewesen	137
5.7.1	Risswerk	137
5.7.2	Markscheider	138
5.8	Bergaufsicht	139
5.8.1	Begriff, räumliche Erstreckung, Zweck und zeitliche Erstreckung	139
5.8.2	Zuständige Behörde	141
5.8.3	Beginn und Ende der Bergaufsicht	142
5.8.4	Informationsinstrumente der Bergaufsichtsbehörde	144
5.8.5	Eingriffsinstrumente der Bergaufsichtsbehörde	146
5.8.6	Adressaten für bergaufsichtliche Maßnahmen	150
5.9	Bergverordnungen	152
5.9.1	Zweck, Rechtscharakter	152
5.9.2	Regelungstiefe	153
5.9.3	Fortgeltung landesrechtlicher Regelungen	154
5.9.4	Auf der Grundlage des BBergG erlassene Bergverordnungen (Bund)	154
5.9.4.1	Bergverordnung über vermessungstechnische und sicherheitliche Unterlagen (Unterlagen-Bergverord- nung – UnterlagenBergV)	155
5.9.4.2	Bergverordnung über Einwirkungsbereiche (Einwirkungsbereichs-Bergverordnung – EinwirkungsBergV)	156

5.9.4.3	Bergverordnung zum Schutz der Gesundheit gegen Klimaeinwirkungen (Klima-Bergverordnung – KlimaBergV)	159
5.9.4.4	Verordnung über markscheiderische Arbeiten und Beobachtungen der Oberfläche (Markscheider-Bergverordnung – MarkscheiderBergV)	160
5.9.4.5	Bergverordnung für das Gebiet der Küstengewässer und des Festlandssockels (Offshore-Bergverordnung – OffshoreBergV)	163
5.9.4.6	Bergverordnung zum gesundheitlichen Schutz der Beschäftigten (Gesundheitsschutz-Bergverordnung – GesBergV)	164
5.9.4.7	Bergverordnung für alle bergbaulichen Bereiche (Allgemeine Bundesbergverordnung – ABBergV) ...	166
5.10	Bergbau und Grundeigentum	172
5.10.1	Streitentscheidung	172
5.10.2	Grundabtretung	173
5.10.2.1	Zweck, Gegenstand und Verfahrensbeteiligte	173
5.10.2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen	174
5.10.2.3	Umfang	175
5.10.2.4	Entschädigung	176
5.10.2.5	Vorabentscheidung	176
5.10.2.6	Vorzeitige Besitzeinweisung	176
5.10.2.7	Verfahren, Kosten, Rechtsweg	177
5.10.3	Baubeschränkungen	178
5.10.4	Anpassungspflicht, Sicherungsmaßnahmen, Bauwarnung	179
5.10.5	Bergschadensersatz	181
5.10.5.1	Begriff, Bergschadensvermutung, Beweislastumkehr, Ersatzpflichtiger, Umfang, Verjährung, Bergschadensverzicht	181
5.10.5.2	Haftung für Bergschäden vor Inkrafttreten des BBergG	185
5.10.5.3	Haftung bei nicht vorhanden oder nicht leistungsfähigen Pflichtigen, Staatshaftung	186
5.10.5.4	Schlichtungsstellen für Bergbaubetroffene im Stein- und Braunkohlenbergbau	187
5.11	Sonstige Tätigkeiten und Einrichtungen	187
5.11.1	Untergrundspeicherung	187
5.11.2	Bohrungen	191
5.11.3	Alte Halden	194
5.11.4	Versuchsgruben, Bergbauversuchsanstalten, bergbauliche Ausbildungsstätten, Besucherbergwerke, Besucherhöhlen	195
5.11.5	Hauptstellen für das Grubenrettungswesen	195

5.12	Bergrechtliche Gewerkschaften	196
5.13	Straf- und Bußgeldvorschriften	196
6.	Grundzüge des Abgrabungsrechts	197
6.1	Gewinnungsberechtigung	197
6.2	Begriff der Gewinnung im Abgrabungsrecht	198
6.3	Abgrabungsplan	198
6.4	Abtragungsgenehmigung	199
6.4.1	Verfahrensrechtliche Aspekte	200
6.5	Konzentrierte und parallele Genehmigungsverfahren	202
6.6	Sicherheitsleistung	204
6.7	Vorbescheid	205
6.8	Teilgenehmigung	205
6.9	Beendigung der Abtragung	205
7.	Ausblick zu möglichen Rechtsänderungen	206
7.1	Bisherige Reformüberlegungen	206
7.2	Einfluss des Critical Raw Materials Act (CRMA) auf das Rohstoff- gewinnungsrecht, insbesondere auf das deutsche Bergrecht	209
8.	Verbände und Organisationen in der Rohstoffwirtschaft	213
8.1	Wirtschafts- und Interessenverbände	213
8.2	Arbeitnehmerorganisationen	216
8.3	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	217
8.4	Interessenverbände im Bereich des Umweltschutzes	218
Teil II	Rechtliche Aspekte des Nachbergbaus	219
1.	Begriffe Nachbergbau und Altbergbau	219
2.	Berg-, abgrabungs- und wasserrechtliche Rechtsgrundlagen zwischen Einstellung der Gewinnung und Beendigung der Bergaufsicht/Abgrabungs- aufsicht	221
2.1	Tiefbau	223
2.1.1	Abpumpen von Grubenwasser	224
2.1.2	Einleiten von Grubenwasser in oberirdische Gewässer	224
2.1.3	Einstellen des Pumpbetriebs und Wiederanstieg des Gruben- wassers	225
2.1.4	Schachtverfüllung	227
2.2	Tagebau	227
2.2.1	Natürliche Sukzession im Berg- und Abgrabungsrecht	228
2.2.2	Wiedernutzbarmachung (Herrichtung) von Tagebaurest- löchern durch Verfüllung	228
2.2.3	Wiedernutzbarmachung von Tagebaurestlöchern durch Herstellen eines Gewässers	230

2.2.4	Verbleib eines Gewässers bei Beendigung eines Nassabbaus ..	231
2.2.5	Wiederanstieg des Grundwassers	231
2.3	Bohrlochbergbau	232
2.4	Aufgaben von Wasser- und Bodenverbänden	233
3.	Rechtsgrundlagen für Aktivitäten im Zusammenhang mit Nachbergbau nach Beendigung der Bergaufsicht bzw. nach behördlicher Abnahme der durchgeführten Herrichtung/Wiedernutzbarmachung bei Abgrabungen	234
3.1	Rechtslage nach dem Bürgerlichen Recht	235
3.2	Rechtslage nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen	236
3.2.1	Wissenschaftlich/technische Tätigkeiten	236
3.2.2	Nutzung zu energetischen Zwecken	238
3.2.3	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung- BaustellV)	240
3.2.4	Methanverordnung der Europäischen Union	242
Teil III	Rechtliche Aspekte des Altbergbaus	245
1.	Bergrecht und historisch gewachsene Grundprinzipien	245
1.1	Grundsatz der Bergbaufreiheit	246
1.2	Bergregal und Bergregalität	246
1.3	Verhältnis von Bergbaufreiheit und Bergregalität	247
1.4	Staatsvorbehalt	248
2	Entwicklung bergrechtlicher Rechtsquellen	249
2.1	Gewohnheitsrecht	249
2.2	Verschriftliches Gewohnheitsrecht anhand von Beispielen	250
2.3	Bergordnungen (Rechtsetzung durch hoheitlichen Akt)	252
2.4	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1784 (ALR)	257
2.5	Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24.06.1865 (ABG)	258
2.6	Änderungen des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten	263
2.7	Entwicklung es Bergrechts im Nationalsozialismus	264
2.8	Entwicklung des Bergrechts nach dem 2. Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung	266
2.8.1	Westdeutschland	267
2.8.2	Ostdeutschland (DDR)	270
2.9	Entwicklung des Bergrechts nach der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart	272
3	Verantwortlichkeit für Gefahren, die auf eine frühere Rohstoffgewinnung zurückgehen	279
3.1	Reichweite der Einstandspflichten des Bergbauunternehmers	279
3.2	Verantwortlichkeiten für die Abwehr von Gefahren aus Altbergbau ..	281

3.3	Technische Einordnung bergbauinduzierter Gefahren	283
3.3.1	Einwirkungen von bergmännischen Hohlräumen	285
3.3.2	Verlassene Tagesöffnungen des Bergbaus	288
3.3.3	Ausgasungen an der Tagesoberfläche	290
3.3.4	Die Altbergbau-Situation in Nordrhein-Westfalen.....	291
4	Ordnungsrechtliche Instrumentarien für die Abwehr von Gefahren	
	aus Altbergbau	294
4.1	Abgrenzung Polizeirecht – Ordnungsrecht	297
4.2	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	298
4.3	Sonderordnungsrecht, Sonderzuständigkeiten und Sonderordnungs- behörden	299
4.4	Ordnungsbehördliche Befugnisse	300
4.5	Ordnungsverfügungen	302
4.5.1	Im einzelnen Fall bestehende Gefahr	302
4.5.2	Öffentliche Sicherheit	305
4.5.3	Öffentliche Ordnung.....	306
4.5.4	Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen.....	306
4.5.5	Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	308
4.5.6	Inanspruchnahme von Nichtstörern	312
4.5.7	Verantwortlichkeit bei Rechtsnachfolge	314
4.5.8	Keine Aufsichtserleichterung	315
4.5.9	Möglichkeit	315
4.5.10	Geeignetheit.....	316
4.5.11	Bestimmtheit	316
4.5.12	Erforderlichkeit und Austausch der Mittel	316
4.5.13	Wegfall der Ordnungspflicht wegen Legalisierungswirkung ..	317
4.5.14	Entschließungsermessen	318
4.5.15	Auswahlermessen unter mehreren Mitteln	318
4.5.16	Auswahlermessen bei mehreren Störern	318
4.5.17	Verfahrensrechtliche Anforderungen	320
4.6	Ausblick.....	321
5.	Anordnung der sofortigen Vollziehung.....	321
6.	Verwaltungsvollstreckung	322
6.1	Androhung, Festsetzung und Anwendung eines Zwangsmittels	323
6.2	Sofortiger Vollzug nach § 55 Abs. 2 VwVG NRW	323
Anhang 1	Übersicht zu Zuständigkeiten und Eingriffsregelungen in den Bundesländern im Bereich des Altbergbaus	325
Anhang 2	Kontaktdaten der Bergaufsichtsbehörden der Bundesländer (ohne Ministerien)	328
Stichwortverzeichnis		333